

Genehmigt am 17.1.2002

Protokoll Nr. 58

Sitzung von Donnerstag, 15. November 2001, 14.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Christoph Stalder
1. Vizepräsidentin Annemarie Sancar

Anwesend:

Raymond Anliker	Urs Jaberg	Erich Ryter
Thomas Balmer	Daniele Jenni	Sabine Schärer
Oskar Balsiger	Michael Jordi	Doris Schneider
Peter Bernasconi	German Kalbermatten	Beat Schori
Dieter Beyeler	Esther Kälin Plézer	Rolf Schuler
Margrith Beyeler	Daniel Kast	Miriam Schwarz
Peter Blaser	Rudolf Keller	Rudolph Schweizer
Markus Blatter	Margareta Klein-Meyer	Sylvia Spring Hunziker
Jsabelle Blunschy	Blaise Kropf	Ernst Stauffer
Christine Bosshardt	Andreas Krummen	Michael Straub
Annette Brunner	Peter Künzler	Barbara Streit-Stettler
Peter Bühler	Annemarie Lehmann	Ueli Stückelberger
Walter Christen	Melanie Leskow	Béatrice Stucki
Marie-Louise Durrer	Liselotte Lüscher	Margrit Stucki-Mäder
Rudolf Friedli	Edith Madl Kubik	Hans-Ulrich Suter
Verena Furrer-Lehmann	Irène Marti Anliker	Katharina Suter
Hans Ulrich Gränicher	Mario Marti	Margrit Thomet
Guglielmo Grossi	Corinne Mathieu	Eva von Ballmoos
Adrian Haas	Barbara Mühlheim	Catherine Weber
Rolf Häberli	Christoph Müller	Thomas Weil
Ueli Haudenschild	Rosmarie Okle Zimmermann	Kurt W. Weyermann
Kurt Hirsbrunner	Lydia Riesen	Beat Zobrist
Stephan Hügli	Heinz Rub	Andreas Zysset
Natalie Imboden	Ursula Rudin-Vonwil	

Entschuldigt:

Michael Aebersold	Philippe Müller	Peter Sigerist
Thomas Fuchs	Ruth Rauch	Max Suter
Anton Maillard		

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet
Alexander Tschäppät

Entschuldigt:

Kurt Wasserfallen

Traktanden

- | | | |
|----|--|-----|
| 1. | Protokollgenehmigung (Protokolle Nrn. 46 + 47 vom 13. September 2001 sowie 48 + 49 vom 20. September 2001) | -- |
| 2. | Finanzplan 2002-2005 mit Finanzperspektiven 2006-2009 (FIKO / Frösch) | 199 |
| 3. | 9. Massnahmenpaket Finanzhaushaltverbesserung (Frösch) | -- |
| 4. | Voranschlag 2002 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budgets (FIKO/GPK / Frösch) | 200 |

Ablauf der Beratungen zum Voranschlag 2002

1. Eintretensdebatte

- FIKO + GPK (total)
- Fraktionserklärungen
- Allgemeine Umfrage
- Gemeinderat (total)
- Allfällige Abstimmung über Eintreten

Redezeit:

- 30 Minuten
- 10 Minuten
- 5 Minuten
- 30 Minuten

2. Steueranlage

- Abstimmung über Steueranlage

3. Detailberatung des Voranschlags 2002

gemäss den vorgängig bei der Stadtkanzlei eingereichten Anträgen mit Abstimmung über Anträge

- | | |
|-------------------------|-----------|
| - Begründung / Anträge | 5 Minuten |
| - Einzelvoten höchstens | 3 Minuten |

Beratung des Produktgruppen-Budgets NSB:

- Berufsfeuerwehr
- Jugendamt
- Gesundheitsdienst
- Stadtgärtnerei
- Informatikdienste
- Schul- und Büromaterialzentrale
- Strasseninspektorat und Entsorgung

- | | |
|-------------------------|-----------|
| - Begründung / Anträge | 5 Minuten |
| - Einzelvoten höchstens | 3 Minuten |

4. Schlussabstimmung über Voranschlag 2002

5. Bereinigung und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

Ordentliche Traktanden

1 Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 46 und 47 vom 13. September sowie 48 und 49 vom 20. September 2001 werden mit bestem Dank für die gute und speditive Arbeit der Protokollführenden genehmigt.

- Die Traktanden 2 und 3 werden gemeinsam behandelt. -

2 Finanzplan 2001–2005 mit Finanzperspektiven 2006–2009

Antrag Nr. 199

Der Stadtrat nimmt vom Finanzplan 2002–2005 mit den Finanzperspektiven 2006–2009 Kenntnis.

3 9. Massnahmenpaket Finanzhaushaltverbesserung

Antrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zum 9. Massnahmenpaket zur Finanzhaushaltverbesserung.

Für die FIKO spricht deren Präsidentin *Katharina Suter*. Als vorberatende Kommission hat die Finanzkommission den Finanzplan 2002–2005 mit Finanzperspektiven 2006–2009, den Bericht zum 9. Massnahmenpaket zur Finanzhaushaltverbesserung und den Voranschlag 2002 inklusive NSB-Budgets in 4 Sitzungen und insgesamt 20 Stunden beraten. Alle Direktionen sind von einer Delegation der FIKO besucht und die Besprechungen sind protokolliert worden. Ein Dankeschön an die Direktionen. Die Beratungen fanden in einem guten Klima statt. Kathrin Suter dankt allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit und das Ausharren. Wie aus den Abstimmungsergebnissen hervorgeht, war die Finanzkommission in allen Sitzungen vollständig. Besten Dank für diese gute Präsenz.

Finanzplan 2002–2005 mit Finanzperspektiven 2006–2009: Der Aufbau des Finanzplans ist gegenüber dem Vorjahr verändert worden. Er richtet sich nach den neuen Weisungen des kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung im Handbuch Gemeindefinanzen. Der Finanzplan ist vom zuständigen Organ, dem Gemeinderat, beschlossen und unterzeichnet worden. Finanzkommission und Stadtrat können lediglich darüber diskutieren und ihn lobend oder knurrend zur Kenntnis nehmen. In der Finanzkommission ist gelobt und geknurret worden. Das Papier löste gedämpfte Begeisterung aus, weil es zeigt, wie düster es um die Finanzsituation der Stadt Bern steht. Die FIKO-Mehrheit bezeichnet den Finanzplan als sehr gutes Hilfsmittel, um sich über die nächsten Jahre Gedanken zu machen. Die angenommenen Parameter scheinen realistisch. Die Vorhersehbarkeit werde etwas besser, weil mit dem FILAG das Gesundheitswesen an den Kanton übergehe. Nachdem dieser Leistungsbereich die Stadt Bern immer sehr negativ belastet hat, wird das neue Finanzierungssystem eine gewisse Entlastung bringen. Der Finanzplan erwecke den Eindruck, dass der Investitionsplanung mehr Bedeutung beigemessen werde. Als gut bezeichnet wird die Prioritätensetzung im Hoch- und Tiefbau und dass die Schulhäuser prioritär behandelt werden sollen.

Kritische Stimmen fanden, der Gemeinderat habe die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt. Der vorliegende Finanzplan zeige mit und ohne die zusätzlichen Massnahmen eine katastrophale Entwicklung. Der Finanzplan sei zu optimistisch erstellt worden. Die Zukunftsaussichten seien nicht rosig, sondern bedenklich. Die Portfolioanalyse entwickle sich zum Rohrkrepierer, weil sich die Massnahmen bis zum Schluss nicht einmal zur Hälfte realisieren liessen. Auch die Zahlen unter dem Thema Strassenrechnung seien unrealistisch. Der dreijährige Verzicht auf die Abschreibungen der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge sei ein Zeichen der Hoffnungslosigkeit und der FIKO ein Dorn im Auge. Nicht zuletzt auch deshalb, weil noch nicht sicher sei, dass der Kanton zu diesem Moratorium Ja sagen werde. Ebenfalls ein Dorn im Auge sind die kleinen Überschüsse nur in den Jahren 2004 und 2005 und anschliessend erneute Defizite im Jahr 2003 und in den Jahren 2006–2009. Auch wenn der Finanzverwalter den Zeitraum 2006–2009 als unscharf und nur als Trend darzustellen versucht, ist dies ein böser Blick in die Zukunft. Der FIKO ist klar, dass nur bereits bekannte Beträge in den Finanzplan aufgenommen werden können. Ganz klar ist auch, dass nie alles kommt wie es vorgeesehen wurde.

9. Massnahmenpaket zur Haushaltsanierung: Die FIKO findet, es sei schlecht lesbar. Es sei nicht ersichtlich, in welchen Politbereichen Sparmassnahmen anfallen, und es fehlten Angaben, welche Massnahmen ausgaben- und einnahmenseitig sowie intern oder extern vorgesehen seien. Ersichtlich ist, dass 18,6 Mio Franken gespart werden. Die FIKO ist vom 9. Massnahmenpaket enttäuscht. Wieder einmal wurden die einzelnen Direktionen durchleuchtet und nicht die eigentlichen Aufgabenbereiche. Die vorgeschlagenen Massnahmen beinhalten im Wesentlichen Kürzungen bei subventionierten Institutionen, unerfüllbare Wünsche an Kanton und Bund, politisch nicht mehrheitsfähige Gebührenerhöhungen und fragliche Vorgaben für die Bussenkasse. Die FIKO ist der Ansicht, dass die Stadtfinanzen mit der Streichung kleiner Beiträge nicht ins Lot gebracht werden können. Gespart worden ist vor allem nicht bei sich selber, denn die vorliegenden Sparvorschläge treffen hauptsächlich Kürzungen ausserhalb der Verwaltung. Es wird auf ein nächstes Massnahmenpaket des Gemeinderats vertröstet, das die lang geforderten strukturellen Massnahmen enthalten soll. Von der FIKO positiv gewertet wurde, dass das 9. Massnahmenpaket sozialverträglich sei.

Die Fraktion GB, JA!, GPB hat der FIKO einen Gegenantrag zum Massnahmenpaket mit politischem Couleur unterbreitet. Weil das Massnahmenpaket gemäss Artikel 58 der Gemeindeordnung von der FIKO und vom Stadtrat nur zur Kenntnis genommen werden kann, sind diese Anträge von der FIKO einzeln in der Budgetberatung diskutiert worden. Einige dieser Anträge werden heute als FIKO-Anträge zum Budget gestellt.

Die Finanzkommission bedauert, dass das Massnahmenpaket zur Haushaltsanierung dem Parlament nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Sie ist der Ansicht, ein Massnahmenpaket, das im Stadtrat eine Mehrheit fände, würde dem Gemeinderat den Rücken stärken. Die FIKO hat den Bericht knurrend zur Kenntnis genommen.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion CVP/ARP spricht *German Kalbermatten* (CVP). Der Finanzplan zeigt, dass die Aussichten schlecht sind. Der Gemeinderat muss handeln. Er hat mit dem 9. Massnahmenpaket bewiesen, dass es möglich ist, nachhaltig wirkende Massnahmenpakete zu schnüren. Die Stadt nimmt nach wie vor viele Aufgaben wahr, die in andern Gemeinden vom Kanton getragen werden. Wir befürworten in diesem Zusammenhang die vollständige Kantonalisierung der Kriminalpolizei. Auch an der Kultur sollte sich der Kanton mehr beteiligen, vor allem was die grossen überregional ausstrahlenden Kulturinstitutionen anbelangt. Unsere Fraktion befürwortet eine Stabag. Bezüglich Verwaltung müssen wir uns auf das Notwendige beschränken. Der Aufbau des Ratssekretariats ist ein Schritt in die falsche Richtung. Mit zwei interfraktionellen Vorstössen haben wir weitere Sparvorschläge eingereicht. Wir sind gegen

eine Sistierung der Abschreibungen der altrechtlichen Finanzfehlbeträge in der Jahren 2003–2005. Wir finden es nicht richtig, dass der Abbau der Schulden immer wieder zurückgestellt wird. Wir fordern die Finanzdirektorin auf, das 10. Massnahmenpaket im Jahr 2002 zu erarbeiten, so dass es im Jahr 2003 wirksam wird. So braucht es keine dreijährige Sistierung.

Michael Jordi (GB) für die Fraktion GB, JA!, GPB: Wir wissen, dass Handlungsbedarf besteht. Warum? Wie viel? Wie, mit welcher Methode? Was genau soll gespart werden und wann?

Warum? Nicht die Finanzpolitik der Stadt ist schlecht, sondern es sind die Rahmenbedingungen, die sich immer mehr verschlechtern und die heutige Situation so desolat erscheinen lassen. Die Ausgaben haben wir eigentlich im Griff, die Leistungen sind ordentlich und das, was die Bürgerinnen und Bürger für diesen Steuerpreis erwarten dürfen. Doch die Zentrumslasten werden schwerer und schwerer und die Einnahmequellen immer dünner. Dies aus zwei Gründen: Weil die Bevölkerung abnimmt oder stagniert und der kantonalen Steuer- und Verteilungspolitik wegen. Die Bürgerlichen sind mitverantwortlich, denn die bürgerlichen Parteien haben es auf Kantonsebene zu verantworten, dass die Zentrumslastenabgeltung unter dem Strich nur rund 10 Mio beträgt und nicht die erhofften 26 Mio (-15 Mio Franken). Sie sind ebenfalls mitverantwortlich für die Steuergesetzrevision, die ein Loch von 35 Mio Franken in die Stadtkasse reissen wird, und für den Versuch, die Billettsteuer abzuschaffen, was wiederum 5 Mio Franken kostet. Dies ergibt Einnahmeausfälle von total 55 Mio Franken. Die Bürgerlichen haben zwei Vorstösse eingereicht. Sie kämpfen weiter wie Don Quichotte. Sie kämpfen gegen Windmühlen, einen Feind, der nur in ihrer halluzinatorischen Phantasie und im Grund aus einem Gemeinwesen besteht, welches im Dienst der Bürgerinnen und Bürger arbeitet und Dienstleistungen erbringt. Michael Jordi träumt von einer FDP, die wie in der Stadt Zürich mit Erfolg für eine bessere Zentrumslastenabgeltung kämpft.

Wie viel? Unsere Fraktion geht von einem Handlungsbedarf von rund 35 Mio Franken aus, die mit Massnahmenpaketen erbracht werden müssen. Das heisst, dass das Massnahmenpaket Nr. 9 mittelfristig mit Massnahmen im Ausmass von 10 bis 15 Mio Franken ergänzt oder korrigiert werden muss. Was wir sicher nicht zusätzlich auffangen können, sind allfällige negative konjunkturelle Entwicklungen.

Wie und mit welcher Methode? Für unsere Fraktion ist das 9. Massnahmenpaket eine korrekturbedürftige Diskussionsgrundlage. Es ist keine klare Linie zu erkennen. Es beinhaltet ziemlich viel Krimskrams, der vielen weh tut, teils sogar kontraproduktiv ist und zum Teil finanziell wenig bringt. Damit meint Michael Jordi z.B. die Subvention an das Berner Münster, die Kürzung im Sozialstellenpool, die Deskbeiträge, Notschlafstelle und andere finanzielle Leichtgewichte. Wir hätten uns ein Vorgehen nach politischen Prioritäten à la Portfolioanalyse gewünscht. Diese Arbeit haben wir gemacht. Das Resultat liegt auf Euren Tischen. Wir weisen eine Sanierungssumme von 31 Mio Franken aus, die innerhalb von rund drei Jahren erreicht werden könnte, ohne dass die politischen Prinzipien einer sozialen, ökologischen und kulturellen Stadt verlassen werden müssten. Die zweite Kritik richtet sich gegen das heutige Behandlungsverfahren. Anstatt dem Stadtrat den Massnahmenplan als Gesamtes freiwillig zum Beschluss vorzulegen, zwingt der Gemeinderat das Parlament, in mühsamer Kleinarbeit jedes Mal im Budget wieder auf umstrittene Punkte zurückzukommen. Unser Gegenvorschlag wird deshalb auch nicht hier im Einzelnen diskutiert werden können, sondern muss im Rahmen von Einzelanträgen und Vorstössen in vielen Einzelpunkten an unterschiedlichen Tagen behandelt werden. Das nervt und könnte zu einem Eigengoal werden, weil das Gesamtbild fehlt. Die dritte Kritik bezieht sich auf einzelne Massnahmen: Einzelne Sparmassnahmen aus dem 9. Massnahmenpaket sind sozial nicht verträglich. Unsere Fraktion hat bereits in der FIKO Anträge dazu gestellt, ist jedoch nicht überall durchgedrungen.

Wo sanieren und was genau? Wer sanieren will, muss genau sagen wo und wie viel das finanziell bringt. Damit macht sich niemand beliebt, was wir selber erfahren haben. Wir sind der Ansicht, dass heute – bei so knappen finanziellen Mitteln – mehr denn je politische Prioritäten

gesetzt werden müssen. Häufig hat man das Gefühl, dass man sich jetzt zusammenraufen müsse – über alle politischen Lager hinweg. Tatsache ist aber auch, dass gerade bei erhöhten Verteilungskämpfen die politischen Prioritäten wichtiger werden, d.h. es besteht ein Zwiespalt, der praktisch nicht gelöst werden kann. Die Vorschläge der Bürgerlichen können unter dem Motto zusammengefasst werden: Kosten verschieben und Leistungen privatisieren. Vieles wird dadurch weder billiger – es sei denn auf Kosten der Lohnhöhe – noch wird es eine politische Mehrheit finden. Unsere Prioritätenliste ist unter dem Motto zusammengefasst: *Renovieren statt Abbau*. Unser Paket bündelt die Massnahmen nach Politikbereichen. Es nimmt Massnahmen des Gemeinderats auf, zum Teil in gekürzter, zum Teil in gestreckter Form und ist mit neuen Massnahmen angereichert. Von den 19 Politikbereichen, die in der Portfolioanalyse des Gemeinderats 1999 ausgemacht wurden, schliessen wir für folgende Bereiche einen Leistungsabbau aus: Arbeit, Bildung, Gesundheit und Prävention, soziale Sicherheit, Umwelt und Kultur. Wie muss interveniert werden? Finanzierungsseitig: Es ist eine bessere Abgeltung der Zentrumslasten (Kultur, Verkehr) anzustreben. Leistungserbringungsseitig: Eine Verlagerung der Leistungserbringung an die rechtlich und sachlich zuständige Ebene (Region, Kanton, Bund). Ausgabeseitig: Sparmassnahmen im engen Sinne sind für uns legitim, wo dies sozial vertretbar ist und wo die Stadt nicht ein riesiges Leistungsloch zurücklassen muss. Das heisst für uns:

- Die Stadt muss sich keine siebenköpfige Schnüffelpolizei oder einen Informationsdienst leisten und
- kann den Zivilschutz herunterfahren und an den Bund abgeben, was an Gebäuden noch gebraucht wird.
- Die Stadt soll sich nicht selber mit den Aufgaben für die Wirtschaftsförderung und die Tourismuskoordination beschäftigen, sondern diese Aufgaben im Verbund mit Region und Kanton wahrnehmen.
- Auf einen Teil der Schneeräumung kann verzichtet und der Strassenunterhalt kann zurückgefahren werden.
- Auch die Denkmalpflege kann unter kantonaler Ägide ausgeführt werden, wie dies das Gesetz vorschreibt. Bedingung ist allerdings, dass dabei der qualitative Standard erhalten werden kann.

Obwohl dies finanzpolitisch angezeigt wäre, ist eine Erhöhung des heute geltenden Steuerfusses um einen oder mehrere Zehntel politisch wenig realistisch.

Wann? Die Haushaltsanierung ist ein Marathonlauf. Er hat mit dem 1. Massnahmenpaket unter RGM begonnen und geht weiter. Einzelne Massnahmen brauchen noch politische Überzeugungsarbeit. Dies gilt für die Ideen des Gemeinderats, für unsere und auch für die der Bürgerlichen. Das Einbinden der Region in eine regionale Leistungs- und Finanzierungspolitik ist nicht von heute auf morgen realisierbar. Dasselbe gilt aber auch für jedes Privatisierungsprojekt. Denkt Michael Jordi an die zunehmende Skepsis der Bevölkerung gegen die Privatisierungseuphorie, sieht er auch für Don Quichotte schwarz, und die Mühlenflügel werden weiterdrehen.

- Hier übernimmt die 1. Vizepräsidentin Annemarie Sancar den Vorsitz. -

Ueli Stückelberger (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Zum Finanzplan: Wir teilen die Analyse des Gemeinderats, dass die Situation und die finanziellen Aussichten der Stadt Bern nicht rosig sind und dass grosser Handlungsbedarf besteht. Wir sind überzeugt, dass wir nicht auf Kosten der kommenden Generationen leben dürfen, sondern heute einen Beitrag zur Sanierung der Stadtfinanzen leisten müssen. Wir müssen uns aber auch nicht dermassen gesunden sparen, dass die heutige Generation für die nächste leidet. Die Zentrumslasten sind da und sind ein Grund dafür, dass es der Stadt schlecht geht. Diese Tatsache darf aber nicht pau-

schal als Ausrede für die schlechte finanzielle Situation gelten. Wir anerkennen die Massnahmen, die der Gemeinderat bis jetzt ergriffen hat. Diese Massnahmen lassen sich sehen, reichen jedoch in dieser schlechten finanziellen Lage nicht aus.

Zum 9. Massnahmenpaket: Die Sanierung der städtischen Finanzen ist **die** Führungsaufgabe des Gemeinderats. Es ist am Gemeinderat, die entsprechende Führungsverantwortung wahrzunehmen. Wir erwarten von ihm mehr, denn er muss die Stossrichtung angeben. Wir sind von diesem Massnahmenpaket leicht enttäuscht. Es enthält wenig echte Massnahmen zur Sanierung des Finanzhaushalts. Unsere Erwartungen in das 10. Massnahmenpaket sind deshalb entsprechend gross. Wir finden auch, dass die Stadt ein neues Verhältnis zum Kanton erreichen sollte. Gewisse übergeordnete Bestimmungen gefallen auch uns nicht, z.B. das FILAG. Letztlich müssen wir sie jedoch akzeptieren. Die Stadt könnte glaubwürdiger und mit mehr Erfolg auftreten, wenn sich das gespaltene Verhältnis zum Kanton normalisierte. Der Konfrontationskurs bringt mittel- und langfristig nichts. Wir sind überzeugt, dass es nicht der richtige Weg ist, wenn zuerst bei Beiträgen an Dritte gespart wird. Dies ist zu einfach. Mit Beiträgen an Dritte wird ein grosses Handlungsvolumen ausgelöst, das in einer Gesamtbeurteilung für die Stadt sehr sinnvoll ist. Es braucht vielmehr strukturelle Massnahmen auf Seiten der Verwaltung. Hier liegt ein Sparpotential, ohne dass für Bewohnende ein Leistungsabbau spürbar wird. Wir sind überzeugt, dass gewisse Verwaltungseinheiten zusammengelegt (Generalsekretariate, gewisse Stellen innerhalb der Polizei) werden könnten. Es ist z.B. verrückt, von wie vielen Stellen ein Baugesuch geprüft wird. Ist dies tatsächlich nötig? Wir erwarten vom Gemeinderat im 10. Massnahmenpaket realistische Vorschläge, nicht solche, die im Parlament ohnehin keine Mehrheit finden wie Reduktion von 7 auf 5 Gemeinderäte, Einführung von Bädereintritten. Wir sind auch bereit, unsere Standpunkte selbstkritisch zu hinterfragen und wenn ein befriedigendes Gesamtpaket unterbreitet wird, gewisse eigene Positionen aufzugeben. Mit diesen Bemerkungen nehmen wir den Finanzplan 2002–2005 und das 9. Massnahmenpaket zur Kenntnis. Wir werden in den nächsten Monaten zu den Anträgen und Ideen der Fraktion GB, JA!, GPB und der Bürgerlichen Stellung nehmen und mitteilen, welche Anträge wir unterstützen können und welche nicht. Wir werden jedoch gleichzeitig auch eigene Anträge stellen. Es braucht aber auch Verwaltungsmassnahmen auf der strukturellen Seite. *Zur Investitionsplanung:* Wir finden die Aufteilung in erste und zweite Priorität sinnvoll. Der Gemeinderat hat in diesem Punkt die notwendige Führungsverantwortung wahrgenommen. Wir sind jedoch enttäuscht, dass gewisse Punkte nicht der ersten Priorität zugeordnet worden sind, z.B. Fuss- und Velobrücke von der Grossen Allmend zum Schermenareal und die Umsetzung des Richtplanes Fuss- und Wanderwege. Für uns weniger wichtig ist die Erneuerung der Lichtsignalanlagen (eventuell Kreisellösungen?). Unsere Zufriedenheit ist mässig. Wir anerkennen, was der Gemeinderat getan hat. Unsere Erwartungen in das 10. Massnahmenpaket sind jedoch gross. Der Gemeinderat möge die Verwaltungsgrösse selbstkritisch untersuchen. Die Stadt Biel zeigt den Weg auf, wie dies getan werden kann.

Raymond Anliker (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Finanzpolitik als Kampf gegen imaginäre Windmühlen. Betreibt die politische Opposition in dieser Stadt Finanzpolitik ohne Sinn für die Realitäten? Es könnten noch verschiedene literarische Figuren bemüht werden. Sisyphus, der den Budgetstein stets den steilen Berg hinaufschiebt und oben kommt der Kanton und gibt dem Stein einen Gingg. Oder der ewig strebende, ewig suchende Faust, der angesichts der unerfreulichen Budgetperspektiven im Finanzplan seufzt: „Da steh' ich nun, ich armer Tor“ – und immer noch des Pudels Kern sucht. Oder es könnte in prometheus'scher Manier dem Kanton zugerufen werden: „Ich dich ehren? Wofür? Hast du die Schmerzen je gelindert des Beladenen?“ Die Finanzrealität der Stadt Bern ist sehr unlyrisch.

Wir nehmen heute einen Finanzplan zur Kenntnis, der die finanzpolitische Zukunft ohne zu beschönigen beim Namen nennt. Wir erachten diesen Plan als gutes Hilfsmittel und erkennen in ihm ein Führungsinstrument der Exekutive: Entwicklungen werden eingeschätzt, Strategien

werden zur Diskussion gestellt und nicht gesicherte Massnahmen als Absichtserklärung postuliert. Wir anerkennen, dass die Perspektiven realistisch dargestellt werden. Wir teilen auch die Einschätzung des Gemeinderats bezüglich der Faktoren, welche die finanzielle Situation der Stadt bestimmen: stagnierende Erträge, teuerungsbedingte Mehrkosten, hohe Infrastrukturkosten, Dienstleistungen für Region, Kanton und Bund und die Änderung der kantonalen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Steuergesetzrevision. Die Nettoentlastung durch das FILAG ist ernüchternd und ein weiterer Mosaikstein in der unfairen Behandlung der Städte in unserem Kanton. Wir fordern ganz klar die Revision des Gemeindegesetzes. Ein Gesetz, das nota bene die spezielle Situation von Kernstädten mit ihren Zentrumslasten nicht genügend berücksichtigt und uns z.B. eine Abschreibungspraxis verpasst, die uns Jahr für Jahr enorm hohe gebundene Kosten auferlegt. Es kann niemand behaupten, dass unsere Zentrumslasten von über 50 Mio Franken genügend abgegolten werden und dass der Finanz- und Lastenausgleich zu Gunsten der Stadt ausfalle. Was rechtfertigt die Tatsache, dass Bern 82% aller Gemeindebeiträge im Kulturbereich aufzuwerfen hat? Wer versteht, dass Bern den höchsten Pro-Kopfbeitrag an den öffentlichen Verkehr leisten muss?

Wir können nachvollziehen, dass der Gemeinderat in dieser Situation mit einem Moratoriums-Antrag an den Regierungsrat gelangt. Ein Entgegenkommen des Kantons ist unbedingt nötig. Wir brauchen Luft, um wieder atmen zu können. Wir brauchen eine faire Abgeltung unserer Lasten. Wir haben Anrecht auf einen Anteil der Bundesgelder, welche der Kanton bezieht (Treibstoffzoll, LSVA) und dazu braucht, um seine Schulden abzubauen. Wenn der Kanton Steuergeschenke beschliesst, welche die Stadt mitzubearbeiten hat, dann muss er andererseits dringendst beweisen, dass er wieder bereit ist, ein verlässlicherer Partner für uns zu werden. Das erwähnte Gemeindegesetz auferlegt uns Abschreibungsbedingungen, die den Gemeinderat dazu bringen, die Auslagerung der städtischen Liegenschaften in eine öffentlich-rechtliche Anstalt zu erwägen. Diese Diskussion haben wir in Ansätzen schon geführt. Wir haben Fragezeichen vor allem zur Politikauglichkeit angebracht. Wir sind keine Spielverderber und begrüßen es, dass uns der Gemeinderat im Rahmen einer Veranstaltung ausführlich informieren will. In Kenntnis der Sache können wir dann entscheiden, ob STABE wirklich ein gangbarer Weg darstellt. Im Moment überwiegen unsere Zweifel. Dass der Gemeinderat dazu übergeht, bei den Investitionen noch klarer Prioritäten zu setzen, finden wir angebracht. Wir begrüßen auch zusätzliche Controllingmassnahmen, um ein ausgeprägteres Kostenbewusstsein zu entwickeln. Wir nehmen den Finanzplan 2002–2005 in dem Sinne zur Kenntnis.

Zum 9. Massnahmenpaket: Wir haben uns im Vorfeld der Budgetdebatte via Medien zum Paket geäußert. Unsere Einschätzung ist eine zwiespältige. Man beginnt auch in einer weiteren Öffentlichkeit zu bemerken, dass eine Entlastung der städtischen Finanzen nur über einen Dienstleistungsabbau zu erreichen ist. Dieser Abbau ist schmerzhaft und die Aufschreie blieben nicht aus. Betroffene Institutionen haben reagiert und ihre Bedenken schriftlich ausführlich dargelegt. Viele Argumente kann Raymond Anliker nachvollziehen. Es zeigt sich aber im Grundsatz immer wieder das gleiche strukturelle Problem: Zu Recht betont z.B. das Alpine Museum seine grosse überregionale, ja nationale Bedeutung. Die Bedeutung ist national, das Portemonnaie jedoch kommunal. Einzelne Angebote werden klar existenziell bedroht. So betrachtet hat das Massnahmenpaket die bewusste Wahrnehmung der kritischen Situation bei den Bernerinnen und Bernern gefördert. Andererseits bleibt das 9. Paket in der Tradition seiner Vorläufer: Man spart querfeldein in allen Richtungen Klein- und Kleinstbeiträge und wagt sich nur zögerlich an klare Strategien. Das Parlament kann sich dann in langatmigen Diskussionen darüber unterhalten, ob hier oder da noch 10 000 Franken drinliegen oder nicht. Für die Fraktion SP/JUSO steht eines klar fest: Das 10. Massnahmenpaket muss aufgabenbezogene, langfristige Strategien enthalten, die einschneidend sein werden. Wir müssen eine Reihe von Aufgaben überprüfen und entscheiden, welche einem gerechteren Kostenteiler zugeführt (zwischen Region, Kanton und Bund) und welche reduziert oder gar aufgehoben werden

können. Diese strukturellen Veränderungen nehmen wir vor einem politischen Hintergrund in Angriff. Wir werden Prioritäten setzen, die den RGM-Ansprüchen nach einer sozial gerechten, umweltverträglichen und auf Integration zielenden städtischen Politik entsprechen. Wo Menschen in ihrer Existenz und Integrität betroffen sind, setzen wir Grenzen. Die Legislaturrichtlinien des Gemeinderats betrachten wir als verbindliche Leitplanke für das 10. Massnahmenpaket. Wir können uns sehr wohl Konsenslösungen mit der Opposition vorstellen, aber wir wissen auch, dass es auch Unverträglichkeiten geben wird. Dass eine politische Mehrheit Prioritäten setzt, ist kein Verbrechen. Wir werden nicht zurückstehen, und die Opposition hätte Gelegenheit, nach 9 Jahren Windmühlkampf Reife zu zeigen und einzusteigen in eine echte Sparpolitik. Wir wollen ausgeglichene Budgets, Schulden sanieren und eine faire Lastenverteilung. Das sind die Gemeinsamkeiten, von denen wir im Parlament ausgehen sollten. Wir nehmen das 9. Massnahmenpaket zur Kenntnis. Zu den einzelnen Anträgen werden wir uns in der Budgetdebatte äussern. Die einzelnen weitergehenden Massnahmen für die Jahre 2003 und folgende müssen im Sinne einer aufgabenbezogenen Gesamtstrategie weiterverfolgt werden. Sie sind benannt und müssen sehr genau auf ihre Auswirkungen hin untersucht werden. Ob sie im Sinne des Grünen Bündnisses verschärft oder aufgehoben werden sollen, lässt sich jetzt noch schwer abschätzen.

Für die FDP-Fraktion spricht *Adrian Haas*. Am 5. September 2001 hat der Gesamtgemeinderat die Medien zwecks Präsentation des 9. Massnahmenpaketes zur Haushaltsanierung in den Festsaal des Erlacherhofes eingeladen. Man meinte, endlich habe der Gemeinderat die alarmierende Situation der Stadtfinanzen erkannt und sei gewillt, wirksame Massnahmen zu treffen. Wer das vom Gesamtgemeinderat stolz präsentierte neue Paket genauer betrachtet, wird allerdings enttäuscht. Mehr als drei Viertel sind Ertragssteigerungen und bloss knapp ein Viertel sind Aufwandminderungen, wobei man strukturelle und langfristig wirkende Massnahmen vergebens sucht. Nicht ganz neu aber noch viel deutlicher als früher setzt der Gemeinderat nicht bei seiner eigenen Verwaltung an, sondern bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei subventionierten Institutionen: Kontraproduktive Kürzungen bei Bern Tourismus oder bei Museen, nicht mehrheitsfähige Bädereintrittsgebühren, Raubzug auf die Kasse von EWB und GWB, bzw. Strom- und Gasbezüger, die Exhumierung der Feuerwehrrabgabe oder unrealistische Vorgaben für die polizeiliche Bussenkasse. Als flankierende Massnahmen will man zudem den Sanierungsdruck teilweise auf morgen verschieben, indem beim Kanton ein dreijähriges Moratorium für die Abtragung von altrechtlichen Defiziten beantragt wird. Die Verwaltung wird weitgehendst verschont. Anstatt der eigene Gürtel, wird derjenige von Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen enger geschnallt. Das ist offenbar der Weg des geringsten Widerstandes. Für notwendige Restrukturierungen innerhalb der Verwaltung brauchte es Führungsstärke des Gemeinderats.

Positiv zu vermerken bleibt einzig, dass dieses Thema als Folge unseres Widerstandes gegen Steuererhöhungen mindestens vorläufig vom Tisch ist. Oder geht es bei den jetzigen fantasielosen Massnahmenpaketen bloss darum, die Bürgerinnen und Bürger für Steuererhöhungen weich zu klopfen? Dies wird kaum gelingen.

Massnahmen, die etwas brächten, gäbe es eigentlich genug. Wir haben mit unzähligen Vorstössen zwischen 1995 und 1998 und mit der im März 1999 eingereichten Motion Vorschläge eingebracht: Aufhebung der Schulzahnklinik und Übertragung dieser Aufgaben an private Zahnärzte, Redimensionierung der Stadtgärtnerei, des Stadtplanungsamts, des Hochbauamts, der Direktion für Bildung, Umwelt und Integration, Rückgabe der Denkmalpflege und der Steuerverwaltung an den Kanton, Zusammenlegung der Gleichstellungsstellen von Stadt, Kanton und Bund, Verzicht auf den fatalen Verkehrsversuch am Bahnhof oder auf die 100 000 Franken, die jedes Jahr für den Tag „Bern autofrei“ verschleudert werden sollen. Will man unsere Vorschläge nicht, erwarten wir, dass bessere vorgelegt werden. Der Ball liegt klar bei der rot-grünen Mehrheit. Ein kleiner Lichtblick zeigen die heutigen Aussagen von Ueli Stü-

ckelberger, die er bei der Diskussion zu unseren Vorstössen unter Beweis stellen kann, wenn zu den einzelnen Punkten abgestimmt werden kann. Es wäre erfreulich, wenn mindestens einzelne Punkte überwiesen würden.

Michael Jordi und Raymond Anliker singen immer noch das Lied der Zentrumslasten. Dieses Thema ist mit dem FILAG wahrscheinlich vorläufig abgeschlossen. Es kann bedauert werden, dass die Stadt nicht mehr erhält, hier gilt es aber auch, realistisch zu bleiben. Auch andere Regionen und Städte erhielten gerne mehr Geld. Es ist ein Märchen zu glauben, dass wir die Finanzen ohne zusätzlichen Lastenausgleich nicht sanieren können. Anpacken statt jammern, heisst die Devise, und zwar anpacken bei uns selber, in der Gemeinde Bern.

Rudolf Friedli (JSVP) für die Fraktion SVP/JSVP: Der Gemeinderat schreibt im Vortrag zum *Finanzplan*, dass selbst wenn alle im Finanzplan enthaltenen zusätzlichen Massnahmen umgesetzt werden, ab 2003 immer noch ein Handlungsbedarf von jährlich 25 Mio Franken verbleibe und dass daher ein 10. Haushaltverbesserungspaket nötig sei, das aber Zeit brauche und dass daher beim Regierungsrat ein Tilgungsstopp für 3 Jahre beantragt worden sei. Wenn der Gemeinderat ein Loch von jährlich 25 Mio ab dem Jahr 2003 erst jetzt feststellt, so hat er den Ernst der Lage nicht rechtzeitig erkannt. Ein solches Loch entsteht nicht über Nacht. Ein rechtzeitiges Erkennen wäre seine Aufgabe gewesen, denn regieren heisst führen und auch rechtzeitig agieren, statt immer nur im letzten Moment zu reagieren und sich über Zeitmangel zu beklagen. Der Gemeinderat gesteht sich selbstverständlich nicht ein, dass er den Ernst der Lage nicht frühzeitig erkannt hat. Er sagt vielmehr, dieses schlechte Ergebnis gehe insbesondere auf die unerwartet geringe Nettowirkung des neuen kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs zurück. Der Kanton sicherte der Stadt jedoch nie in rechtlich durchsetzbarer Form eine Entlastung in der Höhe von 27 Mio Franken zu. Verlassen darf man sich nur auf etwas, das rechtlich auch durchgesetzt werden kann. Es ist Ausdruck der Peinlichkeit, wenn der Gemeinderat beim Regierungsrat des Kantons Bern ein sogenanntes Moratorium beantragen muss, damit er während der nächsten drei Jahre auf die Abschreibung der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge verzichten kann. Vor allem die Begründung ist peinlich: Dass ein 10. Haushaltverbesserungspaket geschnürt werden müsse und dies viel Zeit brauche, weil die Stadt ihre Aufgaben reduzieren müsse. Dies hätte sie schon viel früher tun müssen, denn die Finanzlage ist nicht erst seit gestern schlecht. Ob der Regierungsrat ein solches Gesuch, das nur auf Kurzsichtigkeit unserer Stadtregierung beruht, bewilligen wird, ist fraglich. Dass sich die Stadt auf die wesentlichen Aufgaben beschränken muss und sich keinerlei freiwillige Aufgaben leisten kann, ist unserer Fraktion schon jahrelang klar. Freiwillige Aufgaben können nur dort übernommen werden, wo etwas an Steuererträgen zurückkommt, z.B. bei Bern Tourismus. Mit diesem Moratorium verdrängt die Stadt die Probleme und denkt sich wohl, dass in vier Jahren ohnehin die Bürgerlichen wieder die Mehrheit in Parlament und Regierung haben werden und die Suppe auslöffeln sollen.

Ein weiteres Beispiel für den Verdrängungsmechanismus ist der Umgang mit der Rückzahlung oder eben besser gesagt Nichtrückzahlung der neurechtlichen Schulden, welche die Stadt gemäss Gemeindegesetz innert acht Jahren seit ihrer Entstehung tilgen muss. Bis ins Jahr 2007 muss das Rechnungsdefizit von 1999 von 46 Mio Franken abgetragen sein. Der Gemeinderat will mit der Abzahlung jedoch erst im Jahr 2003 beginnen. Nimmt er an, die Finanzlage sei im Jahr 2003 besser? Sicher nicht.

Weil die Redezeit kurz ist, haben wir uns darauf beschränkt, den für die linken Parteien typischen Verdrängungsmechanismus aufzuzeigen. Die Bürgerlichen wollen seit jeher an realistischen Orten sparen, während von linker Seite bis anhin leider fast durchwegs nur unrealistische Sparmassnahmen erwogen wurden, womit die Sicherheit oder elementarste Dienstleistungen einer Gemeinde geschmälert werden, damit mehr Geld übrig bleibt, um übertriebene Bedürfnisse von Minderheiten zu befriedigen und Aufgaben finanziert werden können, die das

übergeordnete Recht den Gemeinden nicht zwingend vorschreibt. Ein Beispiel dafür ist das Gleichstellungsbüro. Das Rezept heisst sparen, wie es die SVP schon lange vormacht. Irgendwo im Finanzplan steht, dass die Stadt im Jahr 2002 9,5% für die Verzinsung der Schulden aufwende. Fast jeder 10. Franken für die Verzinsung der Schulden. Wir müssen die Bremse anziehen, aber sicher nicht auf Kosten der Sicherheit und elementarer Gemeindeaufgaben. Sparen heisst leider auch Verzicht, was immer weh tut. Wir haben den Mut, auch unpopuläre Massnahmen vorzuschlagen, weil wir uns um die Zukunft der Stadt sorgen und noch einen Handlungsspielraum in die Zukunft retten möchten.

Zum 9. Massnahmenpaket: Der Gemeinderat will dem Stadtrat vor Augen führen, dass es nicht leicht sei, die Finanzlage zu verbessern, oder ob wir als Sparmassnahme das Stadttheater, die Kunsteisbahnen und die Kinderkrippen schliessen, auf Sicherheit verzichten und schlechtere Strassen akzeptieren wollten? So schwierig, wie der Gemeinderat denkt, ist der Weg zu gesunden Stadtfinanzen jedoch nicht. Es kann z.B. gut auf teure Verkehrsbehinderungsmassnahmen verzichtet und die Strassen normal unterhalten werden. Es kann auf das Gleichstellungsbüro und den Velobeauftragten und eine Unterstützung der Reithalle, die illegale Aktionen organisiert, verzichtet werden und man kann eine lokale Agenda 21 abschaffen. Der Gemeinderat schreibt, dass das Dienstleistungsangebot nicht unter den in der Region üblichen Standard absinken dürfe. Der Standard muss jedoch auch nicht darüber liegen. Der Gemeinderat will nicht, dass die Standortattraktivität sinkt, weil sonst die Leute wegziehen und die Steuererträge sinken. Wenn es dem Gemeinderat um Steuererträge geht, sollte er sich auch dafür einsetzen, dass die Stadt auch für gute Steuerzahler attraktiv wird. Der Gemeinderat teilt seine Haushaltverbesserungsmassnahmen auf. Im 9. Paket traditionelle Massnahmen ohne grundlegende Strukturveränderungen und erst im 10. Paket sollen die Strukturen und die tatsächlichen Aufgaben der Stadt unter die Lupe genommen werden. Warum nicht jetzt? Die Finanzlage der Stadt ist derart schlecht, dass keine Zeit für Schonfristen besteht. Der Gemeinderat hätte, würde er seiner Aufgabe entsprechend verantwortungsvoll handeln, schon längstens ein Paket mit einschneidenden strukturellen Anpassungen anpacken müssen – ein Paket mit einschneidender Aufgabenreduktion.

Der Gemeinderat will ab dem Jahr 2003 den Beitrag an Bern Tourismus um eine halbe Million reduzieren. Das ist am falschen Ort gespart, denn Bern Tourismus bringt der Stadt Einkünfte. Mehr Touristen heisst mehr Einkommen für die Gewerbetreibenden und mehr Steuerertrag für die Stadt. Verkehrsschikanen für teures Geld, bringen demgegenüber nichts. Sie kosten nur.

- Hier übernimmt erneut der Ratspräsident den Vorsitz. -

Ernst Stauffer (ARP) spricht für die Fraktion CVP/ARP: Leider kann der Stadtrat vom Massnahmenpaket nur Kenntnis nehmen. Dieses Paket enthält 67 Positionen. Könnten diese Massnahmen ohne Schmerzen umgesetzt werden, hiesse dies, dass bis jetzt trotz vieler Sparanstrengungen zuwenig eingenommen oder immer noch zu grosszügig ausgegeben worden ist. Das heisst, dass trotz der mehrmaligen Sparübungen die sogenannte Zitrone nicht ausgepresst worden ist. Es gilt deshalb abzuklären, worauf ganz und worauf teilweise verzichtet werden kann. Von den Sparvorschlägen der Bürgerlichen ist nicht viel zu merken. Anstatt z.B. die Denkmalpflege ohne wenn und aber an den Kanton abzutreten und auf einen Schlag über eine halbe Million Franken einzusparen, was ausser dem Denkmalpfleger keinem Menschen in der Stadt Bern weh tut, verlangt man vom Kanton 50 000 Franken mehr Subventionen. Dieses Beispiel kann vermehrt werden. Bädereintritte oder die Aufhebung der Gratisbestattung müssten erst beschlossen werden. Es ist ein Armutszeugnis für die Stadt Bern, wenn sie die Gratisbestattung aufheben will. Hat der Gemeinderat die Situation überhaupt erfasst? Klar gibt mehrere Male wenig letztlich auch viel. So kleine Einsparungen reichen bei der heutigen Finanzlage jedoch nirgends hin. Wir brauchen eine rechte Verzichtsplanung, womit die Stadtfinanzen endlich ins Lot gebracht werden können. Eine Planung, zu der Stadt-

rat und allenfalls das Volk Ja sagen können und keine Pflästerlipolitik. Was uns hier vorgelegt wird, ist weder überzeugend noch eine Glanzleistung. Wir nehmen vom vorliegenden Massnahmenpaket mit gemischten Gefühlen Kenntnis.

Einzelvoten

Christoph Müller (FDP): Die Kürzung von 500 000 Franken bei Bern Tourismus ab 2003 halten wir für falsch. Erstens wird am falschen Ort gespart, d.h. es soll damit eine Gans, die goldene Eier legt, nicht ganz geschlachtet, aber doch massiv havariert werden. Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftszweig der Stadt Bern. Er generiert eine Wertschöpfung von ca. 750 Mio Franken und beschäftigt knapp 8 000 Personen. Das bedeutet ein Steueraufkommen von ca. 50 Mio Franken. Eine einschlägige internationale Vergleichsstudie bescheinigt Bern ein erhebliches touristisches Weiterentwicklungspotential, und zwar abgesehen vom künftigen Paul Klee-Zentrum. Dieser Aufbau muss jedoch nachhaltig erarbeitet werden und ist ein wesentlicher Teil des Städtemarketing. Zweitens ist dies eine Massnahme im falschen Moment. Der Ereignisse vom 11. September wegen ist ein kapitaler Besucherausfall aus Übersee und dem fernen Ausland zu erwarten, was einen erheblichen Kurtaxenausfall mit sich bringt. Durch den Swissair-Zusammenbruch fällt auch deren intensive weltweite Werbe- und Akquisitionarbeit dahin. Dies alles gilt es zu kompensieren. Drittens ist diese Sparmassnahme wider Treu und Glauben. Zuerst billigt die Stadt den Umzug von Bern Tourismus aus dem Bahnhofgebäude an die Laupenstrasse, erwartet aber dringend, dass das Infozenter am guten aber sehr teuren Standort Bahnhof bleiben soll, was Mehrmietkosten für Bern Tourismus von 90 000 Franken zur Folge hat. Dann wird angekündigt, dass eine halbe Million gestrichen werden soll. Dies bei heute noch laufendem Leistungsauftrag und ohne Angabe, welche Leistungen gekürzt werden sollen. Viertens werden solche Kürzungen massive Auswirkungen zur Folge haben: 2–3 Vollzeitstellen, rund 10 Aushilfsstellen und der Service im Bärengraben-Infozenter, der sich sehr gut bewährt hat, muss erheblich eingeschränkt werden. Diese Mittelkürzung ist unsinnig und wir ersuchen den Gemeinderat dringend, solch kontraproduktive sogenannte Sparmassnahmen zu unterlassen.

Michael Jordi (GB) entgegnet Rudolf Friedli und Adrian Haas, die von ihnen vorgeschlagenen Sparmassnahmen brächten unter dem Strich weniger als eine Million Franken. Es hat auch keinen Sinn, immer wieder die Abschaffung der Gleichstellungsstelle oder die Streichung von Beiträgen an die Reithalle, die keine Chance haben, zu verlangen. Wir sollten uns zusammenraufen, und auch Regelungen mit den Aussengemeinden sind nicht tabu. Dazu braucht es aber die Bürgerlichen, denn in den Aussengemeinden haben die Rot-grünen keine Mehrheit. Streckt doch nicht sofort die Waffen, sondern helft mit, Lösungen zu finden. Das wäre echte konstruktive Politik.

Für *Rudolf Friedli (SVP)* ist klar, dass gute Kultur gefördert werden muss, und dass die Schulen und die Basisstruktur einer Stadt stimmen und dem Standard der Region entsprechen müssen. Neue Ausgaben sind zu verhindern und strukturelle Änderungen hätten schon längst in Angriff genommen werden müssen. Der Gemeinderat schreibt in seinen finanzpolitischen Grundsätzen auch, dass Aufgaben, welche die Gemeinden nicht zwingend erbringen müssen, abgebaut werden müssen. Leider hält er sich jedoch nicht an seine eigenen Grundsätze. Es bringt auch nichts, immer wieder zu jammern, die Stadt habe unter Beschlüssen des Kantons zu leiden. Wir müssen das Beste daraus machen. Kosmetik allein bringt nichts, es muss auch der Mut zu einem Abbau aufgebracht werden.

Adrian Haas (FDP) ist erstaunt über das martialische Vokabular von Michael Jordi. Es geht hier nicht um eine Konfrontation. Wir sind jederzeit bereit, Vorschläge entgegenzunehmen. Wir haben bloss festgehalten, was wir nicht wollen, nämlich eine Steuererhöhung. Wir erlauben uns jedoch auch, eigene Vorschläge zu bringen, die weit mehr bringen, als Michael Jordi ausgeführt hat. Nicht gut finden wir es, dass als einzige Lösung immer wieder Beiträge des Kantons zelebriert werden. Wir helfen selbstverständlich mit, vom Kanton mehr Geld zu erhalten. Es ist jedoch unrealistisch zu meinen, die Stadt könne ihre Finanzen sanieren, indem sie nach dem Kanton ruft. Seit Jahren werden im Stadtrat die Zentrumslasten zelebriert. Seitdem erhielten wir rund 20 Mio Franken mit dem neuen FILAG. Viel mehr werden wir nicht bekommen, weil auch der Kanton kein Geld hat.

Raymond Anliker (SP) entgegnet seinem Vorredner, die fairere Verteilung der Kostenlast sei nur ein Teil dessen, was die Rot-grünen postulierten. Auch wir befürworten es, dass eine Reihe von Aufgaben geprüft und allenfalls reduziert oder sogar aufgehoben wird. Auch wir werden Vorschläge unterbreiten.

Direktorin FPI *Therese Frösch* dankt der GPK-Sprecherin für ihre Ausführungen. Es ist heute viel gesagt worden. Die Protokolle geben die Diskussionen in der FIKO wieder. Rudolf Friedli war in der FIKO kooperativer und hat sogar anerkannt, dass gespart worden ist. Die Stadt Bern weist bekanntlich seit zehn Jahren Defizite aus. Es war eine vordringliche Aufgabe, eine Analyse zu erstellen, damit eine Diagnose gestellt und ein Heilmittel verschrieben werden kann. Wir haben feststellen müssen, dass die bisherigen Einsparungen nicht ausreichen. Die Stadt Bern ist nicht mehr in der Lage, alle Dienstleistungen zu finanzieren. Es wäre naheliegend, die Verwaltung zu verkleinern, Subventionen und öffentliche Einrichtungen wie Krippen, Musikschule usw. zu streichen. Dies bedeutete: Bern ohne Stadttheater, ohne Kunsteisbahnen, ohne Bern Tourismus, mit weniger Sicherheit, mit schlechteren Strassen. Im Verhältnis zu den Aufwendungen hat die Stadt Bern verglichen mit dem Kanton am meisten gespart. Bern ist Bundes- und Kantonshauptstadt und Zentrum einer Region mit 300 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Das heisst, es braucht eine funktionierende Infrastruktur, ein tragfähiges Sozialnetz, Sicherheit, ein gepflegtes Stadtbild, kulturelle Einrichtungen. Das Dienstleistungsangebot der Stadt Bern darf nicht unter den Standard der Region absinken, sonst verliert Bern die Standortattraktivität und muss Abwanderungen und sinkende Steuererträge in Kauf nehmen. Die Stadt Bern kann stolz darauf sein, dass sie schweizweit eines der fortschrittlichsten Personalreglemente mit frauen-, männer- und arbeitgeberfreundlichen Bedingungen hat. Dies war nur möglich, weil es uns gelungen ist, miteinander und nicht gegeneinander zu sparen und gleichzeitig zu definieren, was nötig ist und was nicht, worauf verzichtet werden kann und worauf nicht. Der Stadtrat könnte sich an der Verwaltung ein Beispiel nehmen.

Die Finanzdirektorin verweist darauf, dass die Stadt Bern Millionen für Lehrerlöhne im Oberland usw. ausgegeben habe, ohne bis heute einen einzigen Rappen an Zentrumslastenabgeltung erhalten zu haben. Wir erhalten nichts, sondern müssen in Zukunft weniger bezahlen. Die Stadt Bern ist immer noch die grösste Nettozahlerin des Kantons. Wir brauchten eine Zentrumslastenabgeltung von 56 Mio pro Jahr, werden vom Kanton jedoch nur etwas über 10 Mio Franken erhalten. Ohne Vorwarnung haben wir vom Kanton vernommen, dass wir anstelle der vereinbarten 27 Mio Zentrumslastenabgeltung nur 10 Mio erhalten. Die 27 Mio sind uns vom Kanton in den verschiedenen Modellrechnungen bestätigt worden. Dazu kommen die Steuerertragseinbussen 1997 resp. 1998 von 50 Mio Franken als Nachwirkungen der Rezession. Auf verschiedene Ereignisse hat die Politik keinen Einfluss. Diese 50 Mio konnten wir bis heute nicht wieder zurückholen. Wir konnten nur reagieren.

Die Portfolioanalyse kann leider nicht 1 : 1 umgesetzt werden. Wir haben eigentlich mehr ergebnisorientiert gearbeitet. Der Vorwurf, strukturelle Massnahmen hätten früher umgesetzt

werden müssen, ist zum Teil berechtigt, obwohl schon früher Sparpakete geschnürt worden sind. Das Controlling zeigt, dass die Sparpakete bis jetzt sehr gut erfüllt worden sind. - Die Stadt Biel wurde als Beispiel genannt. Tatsache ist jedoch, dass Biel grosse Umsetzungsschwierigkeiten hat. Etwas beschliessen und dies auch umsetzen sind zwei Sachen. Auch bei einem strategischen Vorgehen besteht die Schwierigkeit, die wichtigen Massnahmen volkstauglich zu machen. Es müssen immer Mehrheiten gefunden werden. Es geht immer um ein pragmatisches Zusammenraufen, das dann zu einem Ergebnis führt. Je grösser der Verteilungskampf, je grösser der Zwiespalt. - Bezüglich Einvernehmen mit dem Kanton bemühen wir uns um ein besseres Klima. Wir haben drei Delegationen gebildet und Verhandlungen bezüglich der neuen Kulturverträge aufgenommen. - Bezüglich Hinweis auf die Rahmenbedingungen von Kanton und Bund verweist die Finanzdirektorin auf den ehemaligen Artikel 4 der Bundesverfassung, der aussagt, dass jede und jeder in der Schweiz in Bezug auf den Service public das gleiche Recht hat. Wir müssen uns wehren, wenn Bund und Kanton sich auf Kosten der Gemeinde sanieren wollen. Wir sind gewählt, um die Lebensqualität der Personen, die in der Stadt Bern Steuern bezahlen, zu verteidigen. Wir müssen aber auch weiter und globaler denken und Verantwortung übernehmen. - Adrian Haas entgegnet Gemeinderätin Frösch, dass sehr viel getan worden sei. Es würde Adrian Haas kein Stein aus der Krone fallen, wenn er dies anerkannte. Auch wir sind jedoch der Meinung, dass die getroffenen Massnahmen noch nicht ausreichen. Beitragskürzungen werden von allen kritisiert, was beweist, dass es konkret um Interessen und Lebensqualität geht. Wir müssen uns zusammenraufen. Die Verwaltung zu Tode sparen können wir nicht. - Rudolf Friedli meint, wir verdrängten die Tatsachen. Dies stimmt nicht. Er hat dies noch nicht selber feststellen können, weil er noch nicht lange im Rat ist. - Christoph Müller hat für Bern Tourismus geworben. Die Beitragskürzung ist für das Jahr 2003 vorgesehen. Es finden jedoch noch Leistungsverhandlungen statt. Wir kennen die Probleme und werden versuchen, miteinander eine Lösung zu finden. Auch Bern Tourismus sollte jedoch auch bei sich Sparmöglichkeiten suchen. Im schweizerischen Vergleich wird die Stadt Bern nach der Beitragskürzung an Bern Tourismus immer noch einen gleich grossen Betrag bezahlen wie die Stadt Zürich, jedoch weniger als Lausanne. - In der GO ist nicht vorgesehen, dass dem Stadtrat ein Massnahmenpaket global vorgelegt werden kann. Die Mitglieder der FIKO haben dies auch nicht verlangt. Die Finanzdirektorin bittet den Rat, positiver zu denken und dem Gemeinderat gegenüber Kanton und Bund den Rücken zu stärken.

Hans Ulrich Gränicher (SVP) findet, die Finanzdirektorin habe den Sprecher seiner Fraktion so dargestellt, als ob er von Finanzpolitik nichts verstünde. Er hat im Namen der Fraktion wichtige Punkte aufgegriffen. Die Finanzdirektorin vermittelte den Eindruck, dass der Gemeinderat sehr wenig Verhandlungsspielraum habe, um etwas zu verändern. Rudolf Friedli hat im Namen der ganzen Fraktion gesprochen und nicht als Einzelvotant.

Adrian Haas (FDP) hält fest, er habe nie gesagt, die Stadt habe nichts unternommen, sondern sie habe nicht genug getan und solle die Vorschläge der FDP-Fraktion beherzigen und nicht bei Dritten ansetzen, sondern bei sich selber.

Daniele Jenni (GPB) findet es bemerkenswert, festzustellen, mit welcher Energie sich die Bürgerlichen einsetzen. Der eine Fraktionspräsident dafür, dass Rudolf Friedli für die ganze Fraktion gesprochen habe, der andere dafür, dass man nicht immer über den Kanton klagen und das Lied der Zentrumslasten singen solle. Die Realität ist jedoch, dass der Kanton, d.h. die bürgerlichen Parteien, die den Kanton dominieren, einen regulären Powerplay gegen die Stadt Bern betreiben, weil in der Stadt Bern eine andere Mehrheit regiert. Das spielt eine wesentliche Rolle. Daniele Jenni versteht, dass die Bürgerlichen von diesem Punkt ablenken

wollen, weil der Kanton die Stadt, nicht nur aus finanzpolitischen Überlegungen, über die man streiten könnte, sondern aus realen parteipolitischen Überlegungen schädigt. Die bürgerlichen Parteien sollten die Verantwortung wahrnehmen, beim Kanton im Interesse der Stadt dafür zu sorgen, dass er eine andere Politik betreibt. Es sollte versucht werden, das vorhandene parteipolitische Element in den Hintergrund zu drängen und den Kanton dazu zu bringen, trotz anderer politischer Mehrheiten in der Stadt unter die Arme zu greifen.

Adrian Haas (FDP) bestätigt, dass die Stadt Bern beim Kanton nicht das allerbeste Image habe und dass es sein könnte, dass gewisse Ressentiments manchmal zu einem Entscheid führen. An dieser Situation ist die Stadt Bern jedoch selber schuld - Stichworte: Sperrung der Halenstrasse, Streichung von Parkplätzen beim Messeplatz Bern, Verletzung des mit den Regionsgemeinden abgeschlossenen Richtplans, Vereinbarung mit Bern autofrei, die dazu dient, dass nicht mehr in die Stadt gefahren werden kann, Vertragsbruch bei Stub usw.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2002–2005 mit Finanzperspektiven 2006–2009 sowie vom 9. Massnahmenpaket Finanzhaushaltverbesserung.

4 Voranschlag 2002 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budgets

Antrag Nr. 200

Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2002, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 974 709 670.00 ausgeglichen ist, wird der Gemeinde zur Annahme empfohlen mit folgendem

Beschlussesentwurf

- I. Die Stimmberechtigten der Stadt Bern, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrats vom 22. November 2002, gestützt auf Artikel 44 Absatz 3 FILAG in Verbindung mit Artikel 36 Buchstabe g der Gemeindeordnung, beschliesst:
 1. Der vom Stadtrat angenommene Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2002 wird genehmigt.
 2. Der Gemeinderat hat im Jahr 2002 folgende Gemeindesteuern zu beziehen:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuern das **1,54fache** der für Staatssteuern geltenden Einheitssätze (bisher das 2,3fache);
 - b) eine ordentliche Liegenschaftssteuer von **1,5 Promille** bzw. eine erhöhte Liegenschaftssteuer (Artikel 217 STG) von 3,0 Promille des amtlichen Wertes (unverändert);
 - c) eine Beleuchtungsabgabe von **0,125 Promille** des pflichtigen Grundeigentums nach dem amtlichen Wert (unverändert).
- II.
 1. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.
 2. Er genehmigt die für die sieben Pilotprojekte Berufsfeuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Informatikdienste, Schul- und Büromaterialzentrale und Strasseninspektorat vorgelegten Produktgruppenbudgets 2002 unter Vorbehalt der Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 2002.

Eintretensdebatte

Für die FIKO spricht deren Präsidentin *Katharina Suter*. Der Voranschlag der laufenden Rechnung für das Jahr 2002 ist bei Aufwendungen und Erträgen von je 974 709 670 Franken ausgeglichen, und dies bei einer technisch gleichgebliebenen Steueranlage von 1,54 (oder 2,3 ohne FILAG). Weil der Gemeinderat von der sogenannten technischen Steuerbasis ausgeht, ist durch die Stimmberechtigten formell eine Erhöhung der Steueranlage um 0,12 zu beschliessen. Die vom Regierungsrat vorgegebene Abschreibung von 20,8 Mio Franken ist im Budget 2002 enthalten. Der neurechtliche Fehlbetrag von 44,8 Mio wird im Budget 2002 nicht verringert. Die mit dem FILAG verbundene Abgeltung der Zentrumslasten kann nicht als Steuersenkung weitergegeben werden. Für neue Aufgaben sind im Voranschlag 2002 Bruttomittel im Umfang von 1,6 Mio budgetiert worden, die Hälfte davon für 40 neue Tagesbetreuungsplätze beim Jugendamt. Die andere Hälfte verteilt sich auf das neue Partizipationsgremium Breitenrain, zwei neue Tagesschulen und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem autofreien Tag und die neuen Fachstellen „Wohnen“ und „Öffentlicher Verkehr“.

Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, wird Margrit Thomet die weiteren Budgetzahlen erläutern. Katharina Suter vertritt als Präsidentin der FIKO die Mehrheit der Kommission. Die Minderheit vertritt Stephan Hügli.

Es ist als schwer empfunden worden, sich im Budget 2002 zurechtzufinden. Aufgrund der Regierungsreform haben die Gliederung des Budgets und die Voranschlagswerte 2001 angepasst werden müssen. Dies erschwerte die Beurteilung des Budgets 2002. Vergleiche mit dem Vorjahr sind praktisch unmöglich. Die Transparenz wurde als schlechter denn je bezeichnet, was nicht als Kritik an unserer Finanzdirektion aufgefasst werden soll. Zusätzlich gelangten wir sehr spät in den Besitz der Unterlagen. Alle Beteiligten standen unter grösstem Zeitdruck.

Zum Budget und zu den Sparmassnahmen ist bereits viel gesagt worden. Zutiefst frustriert war man vom vorliegenden Budgetergebnis und der Tatsache, dass der Kanton die Stadt mit dem FILAG im Regen stehen lässt. Immer wieder macht die Stadt die Erfahrung, dass ihr der Kanton einen Strich durch die Rechnung macht. Ohne das 9. Haushaltverbesserungsmassnahmenpaket, die ausserordentlichen Erträge und das Hinausschieben der Abzahlungen des neurechtlichen Fehlbetrags auf 2003–2007 wäre ein ausgeglichener Voranschlag 2002 nicht möglich gewesen. Die Finanzkommission ist sich einig, dass die Finanzsituation der Stadt Bern weiterhin sehr prekär ist. Um sie verbessern zu können, müssten eigentlich alle Fraktionen am gleichen Strick ziehen. FIKO und Stadtrat sollten sich darauf konzentrieren, bei einzelnen Anträgen einen Konsens zu finden. Sinnvoll wäre auch, einmal alle Aufgaben aufzulisten und Punkt für Punkt zu diskutieren, was nötig und was nur wünschbar ist. Es ist klar, dass das Defizit nicht länger mit einmaligen Beiträgen gestopft werden kann. Es muss etwas geschehen und das Treten an Ort muss aufhören, sonst sind wir in einem Jahr nicht weiter als heute.

Um einen Überblick über die erfüllten und nicht erfüllten Massnahmen aus früheren Sparpaketen zu bieten, soll nächste Woche der dritte Controllingbericht zu den Portfoliomassnahmen mit detaillierten Aussagen über den Stand der Dinge vorgelegt werden. Der Bericht zum 7. Massnahmenpaket erfolgt kurze Zeit später.

Mit 8 : 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Stadtrat empfohlen, die Steuererhöhung wie sie der Gemeinderat vorschlägt, zu genehmigen. Hundetaxe und Liegenschaftssteuer werden von der FIKO einstimmig zur Genehmigung empfohlen.

Der gemäss FIKO-Anträgen bereinigte Voranschlag 2002 mit einem Überschuss von Fr. 674 780.00 ohne NSB wird dem Stadtrat mit 6 : 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Annahme empfohlen. Die FIKO ist mit dem Vorschlag des Finanzverwalters einverstanden, den Überschuss für zusätzliche Abschreibungen auf dem neurechtlichen Bilanzfehlbetrag zu verwenden, wenn nach der Stadtratsdebatte noch ein Überschuss besteht.

Béatrice Stucki (SP), GPK-Präsidentin, zum Produktgruppenbudget 2002: Einig waren sich die Teilnehmenden von GPK und FIKO, dass das Produktgruppenbudget viel zu kurzfristig an die Mitglieder beider Kommissionen verschickt worden ist. Wir hatten nur noch 10 Tage Zeit, die Budgets zu studieren und mit den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung vorzubesprechen. Seriöse Abklärungen für mögliche Steuerungen liegen so schlicht nicht drin, und damit wird der politische Handlungsspielraum eingeschränkt. Als Milizparlamentarier und -parlamentarierinnen stossen wir hier – einmal mehr – mit unseren Ressourcen – Zeit und Kraft – an die Grenze des Vertretbaren. Auch wenn dem Gemeinderat keine Absicht unterstellt werden kann und darf, wurde diese Zeitknappheit mehrmals und von allen Seiten kritisiert. Auch die Diskussionen der einzelnen Budgets haben gezeigt, dass keine vertiefte Vorbereitung möglich war.

Die von den Kommissionen genehmigten Anträge liegen schriftlich vor. Béatrice Stucki wird darauf nicht eingehen. Nachfolgend einige grundsätzliche Diskussionspunkte und Anregungen aus den Diskussionen:

- Wir müssen uns bewusst sein, dass es sich in allen Budgets bei rund 80% der ausgewiesenen Kosten um Lohnkosten handelt. Sparmassnahmen sind somit kaum noch zu realisieren, ohne dass sie sich auf das Personal, den Personalbestand auswirken. Deshalb sollten, das zeigte sich insbesondere beim SIB und der Stadtgärtnerei, für eine zweckmässige Steuerung die Lohnkosten bei zukünftigen Budgets separat ausgewiesen werden.
- Erfreulich war es zu hören, dass die Darstellung der Kosten für die Nischenarbeitsplätze und die Zahl solcher Arbeitsstellen mit der flächendeckenden Einführung von NSB einheitlich gestaltet werden sollen.
- Wenn das Parlament tatsächlich mitwirken und mitsteuern können soll, müssten die Parlamentarier und Parlamentarierinnen viel früher, nämlich bereits bei der Budgeterarbeitung, in den Prozess miteinbezogen werden. Dies würde auch der Verwaltung die Arbeit vereinfachen. Der Wille des Parlaments könnte früher erfasst und berücksichtigt werden.
- Die Berufsfeuerwehr und die Informatikdienste sind als mögliche „NSB-light“-Bereiche bezeichnet worden. NSB-light bedeutet, dass nur reduziert Steuerungsvorgaben möglich sind. Es werden zwar Kennzahlen erhoben, aber es wird nicht anhand dieser gesteuert.
- Das Verfahren der Beratung muss im Rahmen der Parlamentsreform effektiver gestaltet werden. Dies bedingt auch eine rechtzeitige Abgabe der Unterlagen an die jeweiligen Kommissionsmitglieder.

Berufsfeuerwehr: Neben allgemeinen Anregungen, wie das Ausweisen der Kosten für die Freiwillige Feuerwehr in einem separaten Produkt oder die Einnahmen von Aussengemeinden, wurde auch der noch nicht erfüllte Sparauftrag von 1 Mio Franken diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde auch das Benchmarking mit andern Städten erwähnt. Unterlagen dazu wurden der GPK und der FIKO in der Zwischenzeit zugestellt. Auswerten konnten wir sie jedoch noch nicht. Der Direktor für Öffentliche Sicherheit hielt an der Aussage fest, dass der Sparauftrag unseriös und unrealisierbar sei, ohne eine Gefährdung der Wahrnehmungspflicht der Aufgaben der Feuerwehr in Kauf nehmen zu müssen. Er versprach konkrete Beispiele, die uns aber noch nicht vorliegen. Dass der offene Sparauftrag zu Unsicherheit oder Unzufriedenheit bei den Anwesenden führte, zeigt das Abstimmungsergebnis. Das Produktgruppenbudget der Berufsfeuerwehr wird ohne Änderung mit 13 : 0 bei 6 Enthaltungen zur Annahme empfohlen.

Jugendamt: Teilweise bedauert, bzw. kritisiert wurde von einigen Kommissionsmitgliedern, dass immer noch Tagesbetreuungsplätze über den Fonds finanziert werden und dass das Kinderbüro über den Bonus des Jugendamts finanziert wird. So entfällt bei den Tagesbetreuungsplätzen die Kostenbeteiligung via Lastenausgleich, und der Bonus im Jugendamt kann nicht für andere – ebenfalls notwendige und gute Projekte – verwendet werden. Uneinigkeit herrschte bei der Frage, wie viele neue Tagesbetreuungsplätze ins Budget 2002 aufzuneh-

men seien. Einerseits muss die Motion Teuscher, andererseits die Motion Olibet umgesetzt werden. Ein Antrag, die Anzahl neuer Plätze zu halbieren und nur 20 neue Plätze zu realisieren wurde mit 10 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. GPK und FIKO nahmen zur Kenntnis, dass im Rahmen der Sparmassnahmen auch im nächsten Jahr die TAGIs und KITAs über Weihnachten/Neujahr und eine Woche im Sommer geschlossen bleiben. Längere Schliessungszeiten sollen nicht erfolgen.

Gesundheitsdienst: Beim Gebäudeunterhalt ist in diesem Budget ein Fehler unterlaufen, der beim Rechnungsabschluss berücksichtigt werden muss. Es sind Kosten von 34 880 Franken doppelt budgetiert worden. Neben einigen Sparmassnahmen konnte hier ein neues Produkt aufgenommen werden. Für das Projekt „Eltern reden über Sucht“ werden Mehraufwendungen von 50 000 Franken budgetiert. Mit grosser Mehrheit (14 : 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen) wurde das Ferienlager für benachteiligte Kinder wieder ins Budget aufgenommen (Streichung aus den Portfoliomassnahmen).

Stadtgärtnerei: Dieses Budget enthält eine grosse Unbekannte, nämlich die budgetierten Mehreinnahmen aus der Wiedereinführung von Bestattungsgebühren für Bernerinnen und Berner und eine Erhöhung der Tarife für Auswärtige. Dieses Rückkommen des Gemeinderats zum Gebührenreglement ist vom Stadtrat noch nicht genehmigt worden. Die Beratung im Rat erfolgt voraussichtlich im ersten Quartal 2002. Ebenfalls noch offen ist, ob die Stadtgärtnerei nach der Kantonalisierung der Berufsschulen und Gymnasien weiterhin die Grünpflege derer Umgebungen ausführen wird. Daraus könnten Mehreinnahmen resultieren.

Informatikdienste: Die Budgetzahlen wurden hier nicht in Frage gestellt. Vielmehr wurde die Aufgabenstellung der Informatikdienste hinterfragt. Die Leistungen der ID richten sich an interne Kundinnen und Kunden, orientieren sich aber trotzdem am externen Markt. Gewisse Grundleistungen, z.B. die des Kommunikationsnetzes, müssen bei den ID bezogen werden. Zur Frage stand auch, ob die ID ihre Dienstleistungen nicht vermehrt Dritten anbieten könnte. Die personellen Ressourcen lassen dies im Moment nicht zu. Ausser: Ein Kunde möchte praktisch ein völlig identisches Produkt, wie es in der Stadt angewendet wird. Da viele Anwendungen in nächster Zeit abgelöst werden, wird dies kaum der Fall sein.

Strasseninspektorat und Entsorgung: Diese Produktegruppe wurde heftig und intensiv diskutiert und bei einigen Anträgen wurde viel gerungen. Und immer wieder wurde seitens des Gemeinderats eindringlich vor den Folgen für das Personal – vielfach Menschen mit eingeschränkten Leistungsmöglichkeiten – gewarnt. Keine Mehrheit fanden die Anträge für eine Kürzung um 300 000 Franken beim Strassenunterhalt und um 500 000 Franken beim Winterdienst. Den Abstimmungen sind intensive Diskussionen über die Form der Steuerung bei NSB vorausgegangen, aber auch über die Standards beim Strassenunterhalt und bei der Schneeräumung, über die Folgen einer solchen Kürzung für die schwächeren Verkehrsteilnehmenden und für das Personal.

Schul- und Büromaterialzentrale: Um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen, wurden die Preise neu kalkuliert. So werden beispielsweise Mietzinserhöhungen auf die Produkte überwälzt. Der massiv gesunkene Erlös ist auf den Wegfall von BernMobil als Kunde für Treibstoff zu begründen und kann nicht kompensiert werden. Zudem beziehen viele städtische Liegenschaften Gas als Heizmaterial und nicht mehr Heizöl.

Empfehlungen von GPK und FIKO: GPK und FIKO empfehlen alle Produktegruppenbudgets zur Annahme. Das Stimmenverhältnis lag bei jeweils zwischen 9–16 zu Null bei mehreren Enthaltungen. 8 Enthaltungen gab es beim Budget Strasseninspektorat/Entsorgung. Die Budgets der Informatikdienste und der Schul- und Büromaterialzentrale werden einstimmig zur Annahme empfohlen. Wie auch beim NRM-Budget soll der allfällige Überschuss aus den Produktegruppenbudgets für zusätzliche Abschreibungen auf dem neurechtlichen Bilanzfehlbetrag verwendet werden.

Für die FIKO-Minderheit spricht *Stephan Hügli* (FDP). Mit 6 : 4 Stimmen bei 1 Enthaltung wurde in der FIKO der Rückweisungsantrag, der heute von der FDP-Fraktion eingereicht wurde, abgelehnt. Wir finden, die Stadt betreibe heute mit ihren Finanzen Hochseilartistik. Bis anhin wurden Defizite mehr oder weniger knurrend zur Kenntnis genommen oder das Volk hat sie abgelehnt und es wurde hernach ein weniger grosses Defizit vorgelegt, das allenfalls angenommen wurde oder der Kanton hat eine Steuererhöhung beschlossen. Im neuen Gemeindegesez wird klar vorgeschrieben, wie die Gemeinden mit den Finanzen umzugehen haben und dass im Falle eines Defizites mit dem Finanzplan dargelegt werden muss, wie das neue Defizit und allenfalls andere neurechtliche Defizite in den nächsten 7 Jahren abgebaut werden sollen. Der neue Finanzplan zeigt, dass die Stadt im Moment nicht weiss, wie sie diese Defizite abbauen kann. Wir kämpfen beim Versuch, ein ausgeglichenes Budget vorweisen zu können, um den letzten Franken. Früher oder später müssen wir unsere Autonomie wohl dem Kanton übertragen. Trotz der faktischen Steuererhöhung von 12 Steuerzehnteln, die wie erwähnt grösstenteils durch den Finanz- und Lastenausgleich des Kantons (Abgeltung der Zentrumslasten nur mit 27 Mio Franken) wieder aufgefressen wird, ist es nicht möglich, ein besseres Budget vorzulegen. Wir sind der Meinung, der Gemeinderat habe ein schlechtes 9. Massnahmenpaket vorgelegt. Vor allem hat er keine längerfristige Strategie aufgezeigt, wie er in den nächsten 3 bis 7 Jahren ausgeglichene Budgets vorlegen will. Wenn es unbedingt sein müsste, würden wir, nachdem wir alles genau geprüft hätten, vielleicht auf ein Moratorium einsteigen. So kann jedoch nicht begonnen werden, indem vorläufig die altrechtlichen Schulden nicht abgetragen werden. Das 8. Massnahmenpaket enthielt bereits Massnahmen, womit nicht bei der Stadt selber gespart wurde, z.B. Übernahme des Teuerungsausgleichs für Renten durch die Pensionskasse (8,4 Mio) oder Wertschriftenverkäufe für 4,2 Mio. Im Paket 9 sieht es nicht besser aus. Es soll vor allem auf Kosten anderer gespart werden. Dies kann nicht die Lösung sein. Wir stecken in einem Teufelskreis, aus dem wir nicht hinausfinden. Es braucht eine grundlegende Strategie. Tatsache sind die abwandernden guten Steuerzahler, was eine erneute Verschlechterung des Steuersubstrates zur Folge hat. Die Minderheit vermisste auch offensive Massnahmen. Was könnte getan werden, um gutes Steuersubstrat anzuziehen? Wohnungspolitik braucht Jahre. Es sollte daher nach neuen Massnahmen und Mitteln gesucht werden. Auch das Controlling der Portfolioanalyse zeigt, dass nicht alles so schnell realisiert werden kann wie angenommen. Gemäss Stand August 2001 konnten von den internen Massnahmen rund 55% realisiert werden, von den externen Massnahmen 6%. Das 10. Paket steht an. Wir wissen nicht, was es enthalten wird. *Stephan Hügli* hofft, dass dieses Paket längerfristige Massnahmen enthalten wird, die zeigen, wie wir aus dem Schlammassel herausfinden können. Die FIKO-Minderheit ist bereit, dem Gemeinderat die nötige Zeit einzuräumen, um das 10. Paket auszuarbeiten und beantragt dem Rat deshalb Rückweisung des Budgets 2002.

Die Sitzung wird um 16.25 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Christoph Stalder*

Die 1. Vizepräsidentin: *Annemarie Sancar*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*